

# Ukraine-Krise entzweit Visegrád-Staaten

Obama kündigt verstärkte Truppenpräsenz in Europa an. Polen applaudiert, Tschechien und Slowakei sind skeptisch

VON MARTIN NEJEZCHLEBA

Die Bilder aus Warschau sollten Symbolkraft ausstrahlen, in Richtung der Bündnispartner ebenso wie in den Kreml. Barack Obama und Bronislaw Komorowski im Gespräch mit Piloten aus beiden Ländern vor F16-Kampfflugzeugen. Kräftige Händedrücke, freundschaftliche Gespräche. Obama gab in Warschau bekannt: Die USA werde jene osteuropäischen Mitgliedstaaten des Militärbündnisses unterstützen, die sich durch die Ukraine-Krise von Russland bedroht fühlen. Dazu sollte auch die Truppenpräsenz der USA in Europa „im Licht der neuen Sicherheitsherausforderungen“ überprüft werden. Für die Militärpräsenz auf dem Kontinent soll bis zu einer Milliarde US-Dollar (knapp 735 Millionen Euro) bereitgestellt werden.

Auf dem Warschauer Schlossplatz wurde Obama dann noch deutlicher. Er warnte Russland vor weiteren Aggressionen in der Ukraine, die Annexion der Krim werde man niemals akzeptieren. Und: „Polen und auch Litauen



Ursprüngliche Gruppe: Tusk, Rasmussen, Fico, Orbán und Sobotka (von links) im Mai in Bratislava Foto: CTX/Jan Koller

und Rumänien werden niemals alleine stehen.“ Die Slowakei, ebenso direkter Nachbar der vom Bürgerkrieg geschüttelten Ukraine, nannte Obama nicht – ebenso wenig wie Tschechien. Und das hat seinen Grund.

Einer Präsenz von Nato-Truppen in ihren Ländern haben sowohl Bohuslav Sobotka als auch Robert Fico eine Absage erteilt. Und auch sonst zeigen sich die Länder der Visegrád-Gruppe (V4) in Anbetracht der Ukraine-Krise alles andere als einmütig. Während Polens Verteidigungsminister Radoslaw Sikorski zur Schlüsselfigur bei den Verhandlungen zwischen der Regierung Janukowitsch und den Maidan-Demonstranten wurde und das Land heute aktiv die Hilfe der Nato sucht, verhält sich etwa Ungarn völlig anders. Viktor Orbán hatte im Mai wiederholt für Aufruhr gesorgt, indem er für eine Autonomie der ungarntümlichen Bewohner der Ukraine warb. Woher rühren die unterschiedlichen Standpunkte der Visegrád-Länder? Hat eine Staatengruppe, die sich bei derart elementaren Fragen uneins ist, eine Zukunft?

Begonnen hatte das Gerangel um die tschechische Position zur neuen Nato-Strategie Anfang Mai. In einem Interview mit der Nachrichtenagentur Reuters

sagte Verteidigungsminister Martin Stropnický, ein Teil der Bevölkerung könne angesichts der Erinnerungen an die Besetzung durch die Truppen des Warschauer Paktes Schwierigkeiten mit der Stationierung fremder Truppen im Land haben. Damals hagelte es Kritik von Opposition und Koalition. Auch von Sobotka gab es einen Rückfall. Am vergangenen Dienstag dann, während des Obama-Besuchs in Polen, machte der Premierminister eine Kehrtwende und erklärte in Wien: „Die Tschechische Republik gehört nicht zu den Ländern, die nach einer Verstärkung der Nato-Streitkräfte in Europa rufen.“ Sein slowakischer Amtskollege Robert Fico schloss daraufhin eine Stationierung von Truppen in seinem Land aus. Auch er argumentierte mit den Erfahrungen von 1968.

Fauxpas oder Kalkül? Präsident Miloš Zeman steuerte zwar noch am selben Tag in Warschau gegen und sagte, ihn würde eine „symbolische Präsenz“ von Nato-Truppen in Tschechien nicht stören. Und Stropnický, der am Dienstag im Nato-Hauptquartier in Brüssel weilte, bot den baltischen Staaten die Dienste der tschechischen Gripen-Kampfflugzeuge an – Sobotkas Botschaft aber

Hinter den kontroversen Äußerungen der beiden Regierungschefs sehen Experten jedoch vor allem innenpolitische Motive. Nato-Chef Anders Fogh Rasmussen hatte im Mai die niedrigen Ausgaben für Streitkräfte und die Verteidigungsstruktur in Tschechien kritisiert. Während das Land bei der Staatgründung 1993 noch 2,3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes in den Verteidigungshaushalt investierte, lag der Anteil 2013 nur noch bei 1,1 Prozent. Glaubt man dem Experten für Sicherheitspolitik Michal Kořan (siehe Interview unten), dann bereitet Sobotka mit seinen Aussagen das Feld, um den Forderungen der Nato nach höheren Budgets für die Armeen der Mitgliedsländer – die auch Obama in Warschau wiederholte – nachkommen zu können. Ein unpopulärer Schritt, für den Sobotka womöglich einen parteiübergreifenden Kompromiss sucht. Nach dem Motto: Wir sorgen selbst für

die eigene Sicherheit und verlassen uns nicht nur auf die Nato.

Ein Ende der V4-Gruppe, die manche Beobachter prophezeien, schließt der Politologe Kořan zwar aus, allerdings mahnt er die Regierungen zu einer besonneneren Kommunikation. „Ich fürchte, dass erneut die Stimmung von Intoleranz und eifersüchtigem Wettbewerb entstehen könnte, die wir aus den neunziger Jahren kennen.“

Wie die neue Verteidigungsstrategie der Nato aussehen wird und ob es überhaupt zu einer Stationierung in Ostmitteleuropa und im Baltikum kommt, soll beim Nato-Gipfel Anfang September in Wales entschieden werden. Und trotz der großen Symbolik und schlagkräftigen Reden in Warschau: Ob die Milliarde US-Dollar am Ende fließen wird, steht ebenfalls in den Sternen. Denn was Obama in Warschau verschwiegen hat, das großzügige Paket braucht er die Unterstützung des Kongresses. Und die ist alles andere als sicher.

## Militärausgaben

### In ausgewählten Nato-Staaten

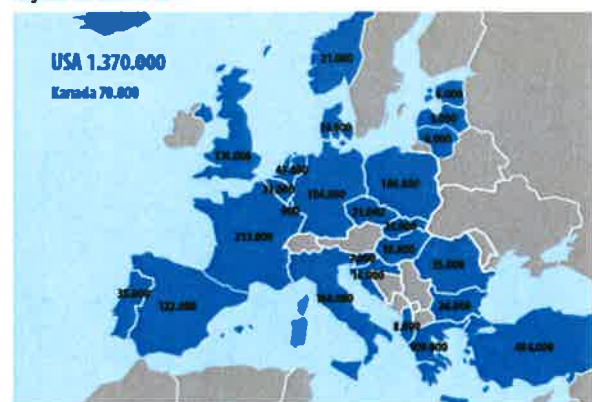
Anteil am BIP im Jahr 2013

Deutschland	1,4 %
Estland	2,0 %
Frankreich	2,2 %
Großbritannien	2,3 %
Italien	1,6 %
Lettland	1,0 %
Litauen	0,8 %
Polen	1,8 %
Rumänien	1,3 %
Slowakei	1,0 %
Slowenien	1,2 %
Tschechien	1,1 %
Türkei	2,3 %
Ungarn	0,9 %
USA	3,8 %

Quelle: SIPRI

## Truppenstärke der Streitkräfte der Nato-Staaten

Angaben aus dem Jahr 2013



Quelle: SIPRI.com

# „Ich hoffe, die Nato vergisst die unglücklichen Aussagen bald“

Laut Sicherheitspolitikexperte Kořan lehnen Sobotka und Fico Nato-Truppen ab, um das eigene Militär zu stärken

Michal Kořan leitet das Forschungsteam des Prager Instituts für Internationale Beziehungen. Seine Schwerpunkte sind die europäische Sicherheitspolitik sowie die Außenpolitik der Visegrád-Staaten. Im Interview mit PZ-Redakteur Martin Nejezchleba verweist er auf innenpolitische Motive, wenn es darum geht zu erklären, warum Tschechien und die Slowakei Nato-Truppen auf ihrem Staatsgebiet ablehnen. In Wirklichkeit bereiten die Regierungschefs das Feld für unpopuläre Schritte, sagt der Politologe.

zuletzt mit den unterschiedlichen Verteidigungskapazitäten. Die Aussagen der vergangenen Wochen sollte man vor allem in Zusammenhang mit innenpolitischen Kämpfen betrachten. Es geht zu einem großen Teil darum, dass die jeweiligen Minister und Premierminister ihre eigene Stellung stärken wollen. Das mag legitim sein, als sehr unglücklich empfinde ich aber, dass die Standpunkte nicht zuerst mit den Partnern abgesprochen wurden – vor allem mit den USA und Polen.

**Tschechien: Verteidigungsminister Martin Stropnický genauso wie unlängst der slowakische Premier Robert Fico argumentierten damit, dass die Menschen hier schlechte Erfahrungen mit der Präsenz fremder Truppen auf ihrem Staatsgebiet gemacht haben. Ist das der wahre Grund, oder steckt eine politische Motivation hinter Ihren Worten?**

Kořan: Das ist vor allem innenpolitisch motiviert. Man sollte aber nicht vergessen, dass in beiden Ländern politische Diskussionen darüber geführt werden, einen weiteren Rückgang der Militärausgaben zu stoppen. Man muss nach komplexen Lösungen

für die unzureichenden Verteidigungskapazitäten suchen, vor allem auf innenpolitischer Ebene. Mit anderen Worten: Wir können die Verteidigungspolitik nicht einfach der Nato überlassen und die Diskussion über mehr Ausgaben für unsere Truppen aufschieben. Die tschechischen Sozialdemokraten aber wollen nicht alleine verantwortlich sein für den Anstieg der Militärausgaben, weil das bei den Wählern ein unpopulärer Schritt wäre. Mit den aktuellen Aussagen bereiten sie das Feld für die parteiübergreifende Durchsetzung dieser Ziele.

**Die Nato-Strategie bezieht doch aber die Anhebung der Verteidigungsetats in den einzelnen Mitgliedstaaten mit ein. Es scheint, als würden Tschechien und die Slowakei die Geschehnisse in der Ukraine nicht als derart gefährlich wahrnehmen, wie das etwa Polen tut. Woher kommt das?**

Schließlich grenzt die Slowakei genauso wie Polen direkt an die Ukraine. Kořan: Das Problem der unzureichenden Ausgaben für Streitkräfte steht nicht erst mit der Ukraine-Krise auf der Tagesordnung. Das ist eine langwierige

Entwicklung. Allerdings hat die Ukraine die Verteidigungsetats stärker ins Bewusstsein der Nato-Staaten gerückt. In Tschechien hat die Ukraine-Krise die Diskussion um höhere Ausgaben für das Militär sicherlich stark beschleunigt – momentan ist aber eine direkte Erhöhung des Etats politisch nicht durchsetzbar. Das hängt zum Teil damit zusammen, dass wir die Ukraine-Krise nicht als unmittelbare Gefahr wahrnehmen, aber auch mit dem allgemeinen Unwillen, genügend Geld für die Verteidigung auszugeben.

Die slowakische Gesellschaft ist traditionell wenig „russophob“, das steht auch hinter dem aktuellen Standpunkt der Regierung. Gleichzeitig ist die Wahrnehmung der Ukraine eine recht negative und die jetzige Situation wird oft so verstanden, dass die Ukrainer selbst Schuld an ihrem Problem tragen. Gleichzeitig lehnt die aktuelle Regierung – zumindest öffentlich – eine Erhöhung der Militärausgaben ab. Ich bin jedoch überzeugt davon, dass hinter verschlossenen Türen – in Tschechien genauso wie in der Slowakei – eine intensive

Diskussion über eine Restrukturierung des Verteidigungshaushalts verläuft.

**Fico und Stropnický vergleichen die Pläne der Nato indirekt mit dem Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes 1968. Wird sich das auf die Stellung der beiden Länder in der Allianz auswirken?**

Kořan: Ich glaube fest daran, dass die sehr unglücklichen und falschen Aussagen auf Nato-Ebene schnell in Vergessenheit geraten. Aber das ändert nichts daran, dass sie völlig unangebracht sind.

**Herr Kořan, auf die Pläne der Nato, in Ost- und Mitteleuropa Truppen zu stationieren, reagieren die einzelnen Staaten sehr unterschiedlich. Tschechien ebenso wie die Slowakei lehnen das für ihr Staatsgebiet ab. Im Gegensatz dazu setzt sich Polen stark für die Truppenpräsenz ein. Wie erklären Sie sich diese Unterschiede im Hinblick auf die Geschehnisse in der Ukraine?**

Michal Kořan: Das erklärt sich mit der unterschiedlichen geopolitischen Stellung der Staaten der Visegrád-Gruppe, einer anderen Wahrnehmung potentieller Gefahren und nicht



**...Kein Tag ohne Lächeln...**

**Neu eröffnete Zahnarztpraxis im Herzen der Prager Altstadt.**

Deutsche Approbation als Zahnarzt | Privatberechnung | Schulungen  
In ganz Europa und den USA | Wir freuen uns darauf, Sie kennenzulernen.

**Leistungen:**

- Prophylaxe und professionelle Zahnreinigung (PZR)
- Bleaching

- Parodontosebehandlung
- Endodontie (Wurzelkanalbehandlung)
- Implantologie und Prothetik
- ästhetische Zahnheilkunde

**Adresse: Haštalská 27 | CZ-110 00 Praha 1 | Tel.: +420 233 554 545 | www.neodent.cz**